

CDU: Kein PFC nach Oberweiler

Kreistagsfraktion legt sich fest

Gaggenau/Rastatt (BT) – In einem Antrag für die kommende Sitzung des Abfallwirtschaftsausschusses des Landkreises Rastatt fordert die CDU-Kreistagsfraktion, dass ein externer Moderator die beiden Seiten, die Bürgerinitiative auf der einen und den Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) auf der anderen, miteinander in ein Gesprächsverfahren bringt. „Nach unserer Auffassung kann nur ein neutraler Dritter mit Moderationskompetenz die beiden Seiten zu einem konstruktiven Austausch und Wiederherstellung einer vertrauensbasierten Gesprächsgrundlage bringen“, erklärt Fraktionsvorsitzender Andreas Merkel. Der Ausschuss des Kreistags soll durch ein moderiertes Verfahren die Faktenlage aufbereiten.

„Da geht es um die Frage der Gutachten, um die Einordnung der Gefahren der bestehenden Deponie, es geht um die Behandlung des Sickerwassers und um das Verfahren für die Standortsuche“, wird Merkel in einer CDU-Mitteilung zitiert. Das Beispiel „Stuttgart 21“ habe gezeigt, dass eine solche Moderation den Dialog und das Verständnis für die jeweils andere Sichtweise fördern kann. „Ähnlich liegt die Sache in Oberweiler, es geht um Transparenz und das Vertrauen in die Kompetenz und Redlichkeit der handelnden Personen“, ergänzt Kreisrätin Brigitte Schäuble.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb hat nach Ansicht der CDU-Fraktion die notwendigen Haushaltsmittel, um einen solchen Prozess zu initiieren. „Ein runder Tisch soll die Beteiligten zum Austausch bringen, das ist das Mindeste, was wir auch in Anerkennung der jahrelangen Standortbelastung für Oberweiler tun können“, sagt der Gernsbacher CDU-Kreisrat Rupert Felder: „Die Solidarität mit Oberweiler verpflichtet uns, den Ausgleich zu suchen, daher der Antrag der CDU-Fraktion.“ Darin wird der AWB gebeten, dem Kreistag einen Sachstandsbericht zur Deponie zu geben. „Wir wollen wissen,

wie ist der Zustand, wie erfolgt das Monitoring, was passiert mit unzugänglichen Leitungen des Sickerwassers, wie kann eine wirksame Kontrolle erfolgen und was passiert mit dem Sickerwasser überhaupt“, erläutert Andreas Merkel das Vorgehen.

Die CDU-Fraktion positioniert sich in ihrem Antrag auch zum Ausschluss einer künftigen PFC-Ablagerung in Oberweiler. „Es ist unser klares Bekenntnis, dass PFC dort nicht hingehört“, so Merkel, Vorsitzender der größten Kreistagsfraktion. Hier stehe das Land Baden-Württemberg in der Pflicht, zu handeln. „Wir müssen als Landkreis unserer Entsorgungspflicht nachkommen und die Deponierung von Erdaushub und Bauschutt sicherstellen, aber PFC soll definitiv nicht nach Oberweiler“, bekräftigt CDU-Kreisrat Hartwig Rihm. Der Landkreis durch Beschluss des Kreistags müsse insgesamt die Verantwortung für die zu deponierenden Materialien übernehmen und mit dem Suchverfahren seiner Verantwortung nachkommen. In der Zwischenzeit gehe es aber darum, die möglichen aktuellen Belastungen des Betriebs, die Regulierung des Sickerwassers und die Historie der Ablagerungen aufzubereiten und die Sicht der Oberweilerer Bürger ernst zu nehmen.

Der zuständige Ausschuss des Kreistags und am Schluss auch das Gremium insgesamt müssten ihrer Verantwortung für die Abfallwirtschaft im Landkreis nachkommen; Hartwig Rihm, Mitglied der CDU-Fraktion und Sprecher im Ausschuss, sieht hier das Verfahren zur Standortsuche als notwendigen Prozess. Die Bestandsdeponie und die Probleme aus der Vergangenheit seien das eine, die Notwendigkeit einer zukunftsgerichteten Entsorgungssicherheit das andere. „Daher ist der sachliche Austausch eine zwingende Notwendigkeit“, meint Rihm. Dem will die CDU-Fraktion im Kreistag mit dem Gestaltungsantrag für die Ausschusssitzung nachkommen.